



Patriotismus im 21. Jahrhundert

Denkschrift des 38. Landestages
der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien
beschlossen am 18. April 2015

In den vergangenen Monaten hat Deutschland diskutiert: Ist das Abendland bedroht? Droht uns eine schleichende Islamisierung? Ist es patriotisch, sich dagegen zu wenden?

Diese Diskussionen, die in Dresden ihren Anfang nahmen, aber auch an vielen anderen Orten in Sachsen aufflammten, sind grundsätzlich geworden: Was heißt es, patriotisch zu sein? Wie sieht Patriotismus heute aus? Wie gehen wir mit einer unerwartet großen Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen um? Gehört der Islam zu Deutschland, zu Sachsen?

Und über diese grundsätzlichen Fragen hat sich medial eine weitere Ebene gelegt: Steht Patriotismus in der Nähe zu Rechtsextremismus? Zündelt der, der von „Leitkultur“ spricht? Wie viel Integration kann man verlangen, wie viel Toleranz ist zu leisten? Was leistet die deutsche Asyl- und Integrationspolitik?

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien befasste sich im Jahr 2005 das letzte Mal mit dem Themenkomplex Patriotismus ausführlich. Der Anlass damals: Horst Köhler hatte in der Ansprache nach seiner ersten Wahl zum Bundespräsidenten „Ich liebe unser Land“ gesagt und damit der Bundesrepublik eine Debatte um Vaterlandsliebe beschert, die viele von uns überraschte. In der Denkschrift „Ein Wert für sich: Deutschland“ bekannten wir uns damals zu nationaler und regionaler Identität, zu klassischen Werten und Tugenden. Was die Junge Union damals sagte, ist nach wie vor gültig und aktuell.

Seitdem sind zehn Jahre vergangen: zehn Jahre, die die Welt und Deutschland verändert haben. Die europäische Schuldenkrise hat neue nationalstaatliche Konflikte innerhalb Europas offengelegt. Der Arabische Frühling hat zu Flucht und Vertreibung in lange nicht gekannter Größenordnung geführt. Und die Einführung und Verbreitung von Smartphone, Tablet & Co. haben die Welt noch enger vernetzt und unsere Art, uns zu informieren, verändert.

Im Jahr 2015 wollen wir unsere Gedanken von 2005 fortentwickeln und uns in die Debatte einbringen. Das tun wir nicht, um den Demonstrationen in Dresden, Leipzig und anderswo etwas entgegen zu setzen, sondern weil wir als Junge Union uns stets über den Stellenwert von Patriotismus und nationaler Identität bewusst waren – denn: Nur wenn wir wissen, wer und warum wir so sind, können wir mit anderen darüber sprechen, wie wir gemeinsam sein wollen.

* * * * *



Was heißt es, patriotisch zu sein?

Wenn wir über die Haltung zu unserer Nation reden, haben wir im Prinzip zwei Möglichkeiten: Wir können das Bekenntnis zu unserer nationalen Identität positiv oder negativ verstehen. Wir können auf der einen Seite das beschreiben, was Deutschland ausmacht, wovon Deutschland geprägt ist und was uns Deutsche über politische Lager und soziale Schichten hinweg weitgehend verbindet. Oder: Wir können auf der anderen Seite aufzählen, was uns von anderen Nationen unterscheidet.

Die erste Möglichkeit ist Patriotismus: Sie lädt andere ein, sich anzuschließen. Die zweite Möglichkeit ist Nationalismus: Sie schließt andere aus und schottet ab. Wir bekennen uns zu unserem Patriotismus, aber lehnen jeden Nationalismus ab. Wir verstehen uns nicht in der Abgrenzung zu anderen, sondern aus uns selbst heraus.

In anderen Staaten, die für ihren Nationalstolz bekannt sind, ist das nicht anders: Die Vereinigten Staaten von Amerika zum Beispiel ziehen ihre Identität aus dem Freiheitskampf im 18. Jahrhundert, in dem sie sich aus der Unterdrückung eines autoritär regierenden Monarchen befreiten – und dieses Erbe teilen sie mit vielen Ländern Mittel- und Südamerikas. Hingegen ist Polens Geschichte davon geprägt, jahrhundertlang Spielball der großen Mächte gewesen zu sein und sich die Unabhängigkeit samt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mühsam erkämpft haben zu müssen – und damit fühlen sie sich anderen Nationen Mittel- und Osteuropas nahe. Schließlich speisen die Erinnerungen an das „British Empire“, der Sieg über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg und die Traditionen einer liberal-demokratischen Monarchie den Nationalstolz der Briten – und das verbindet sie mit den Benelux-Staaten. Das gleiche gilt für den Dreh- und Angelpunkt unserer Gesellschaft: Das Grundgesetz ist eine der solidesten und besten Verfassungen der Welt. Wir sind stolz darauf, dass es zur Vorlage für viele andere Verfassungen in Osteuropa, Südamerika und Asien wurde. Und oft schauen wir selbst in anderen Ländern danach, welche politischen Ideen und Konzepte Erfolg hatten und welche nicht, gerade auch im Bereich von Zuwanderung und Integration. Das zeigt: Richtig verstandener Patriotismus, richtig verstandener Nationalstolz grenzt nicht ab, grenzt nicht aus, sondern lädt andere ein, an den Errungenschaften teilzuhaben.

Wie sieht Patriotismus heute aus?

Patriotismus im 21. Jahrhundert, Patriotismus im Jahr 2015 kann nicht genauso aussehen wie früher. Das ist an sich eine Binsenweisheit, aber es ist heute offensichtlicher denn je: Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit – die anhaltende Krisenhaftigkeit der Europäischen Union und der militärische Konflikt in der Ukraine – können zwar nur mit einem starken Deutschland, aber nicht von Deutschland allein bewältigt werden. Vielmehr ist die Bundesrepublik in eine europäische Union eingebunden, die auch zu Deutschlands Nutzen immer enger zusammenrückt und dabei – aus eigenem Interesse – stets die Nähe zu den westlichen Bündnispartnern suchen wird. Gleichzeitig hat Deutschland durch seine zentrale geographische Lage auch eine Mittlerfunktion auf dem europäischen Kontinent einschließlich Russlands.



Das Bewusstsein für die europäische Einbettung steht nicht im Gegensatz oder Widerspruch zu einem Nationalbewusstsein, sondern ergänzt es. Wenn wir an der Kasse Münzen als Wechselgeld erhalten, dann bestehen wir nicht darauf, nur Münzen mit Bundesadler, Brandenburger Tor und Eichenlaub zu bekommen. Nein, wir fragen uns neugierig, für welches Land denn wohl der Öltanker oder die Schwäne stehen und wer der Ritter auf den neuen litauischen Münzen ist.

Europa ersetzt nicht das Erbe der europäischen Nationen, sondern baut auf ihnen auf und ist „in Vielfalt geeint“. Ein Patriotismus, der in die heutige Zeit passen soll, kann sich dem europäischen Einigungsprozess nicht verschließen. Wer – über berechtigte Kritik an Fehlern hinaus – das Werk der europäischen Einigung rückabwickeln will, ist deshalb kein Patriot, sondern ein Scharlatan. Unser Ziel sind nicht die Vereinigten Staaten von Europa, sondern ein Europa der Vaterländer. Das gebietet nicht zuletzt auch der Respekt vor den patriotischen Traditionen unserer europäischen Nachbarn.

Das heißt für uns konkret: Über den Sinn und die Folgen der europäischen Politik, gerade in Sachen Euro, dürfen wir uns energisch, bisweilen heftig streiten. Aber einen Kampf zwischen „uns“ und „denen“, zwischen den „sparsamen Deutschen“ und den „faulen Südländern“ herbeizureden, gefährdet nicht nur das Lebenswerk des Kanzlers der Einheit, sondern setzt unser Wohlergehen schlechthin aufs Spiel. Nur mit, nicht gegen unsere Nachbarn kann es Deutschland gut gehen.

Was bedeutet Patriotismus im Alltag?

Patriotismus übersteigt Nationalstolz. Patriotismus ist mehr als nur schwingende Fahnen bei Europa- und Weltmeisterschaften. Patriotismus ist auch mehr als sich über Nobelpreise oder Oscars für Deutsche zu freuen.

Patriotismus heißt für uns, zu Deutschland zu stehen – mit all seinen Stärken und Schwächen, mit seinen Errungenschaften und seinen Sünden. Für Deutschlands Verantwortung für den Weltenbrand des 20. Jahrhunderts, für den Massenmord in den Vernichtungslagern und – wie es Richard von Weizsäcker betont hat – für die Folgen des Zweiten Weltkriegs kann es keinen Schlussstrich oder Vergessen geben. Die Aufarbeitung deutscher und europäischer Geschichte mit ihren Irrungen und Wirrungen – das bleibt eine wichtige Aufgabe für alle Europäer.

Auf dieser historischen Verantwortung aufbauend können wir stolz auf das sein, was Deutsche davor und danach erreicht haben. Neben den Leistungen für Kultur und Wissenschaft sticht besonders unsere stabile freiheitliche Demokratie heraus, die sich mittlerweile als wehrhaft gegen linken, rechten und religiösen Extremismus gezeigt hat. Unser Grundgesetz ist ein Exportschlager. Das Bewusstsein dafür zu schaffen, mit welchem Erfolg Deutschland in den Kreis der zivilisierten westlichen Nationen zurückgekehrt ist, das sollte eine zentrale Aufgabe unserer Schulen sein. Den 23. Mai eines jeden Jahres in Form eines „Verfassungstages“ zu feiern, wäre eine Möglichkeit, die über jeden Nationalismusverdacht erhaben ist.

Unsere Nationalhymne drückt in Sprache und Melodie auf einzigartige Weise aus, was die Deutschen erreicht haben und worauf sie stolz sein können: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Das sind zeitlose universelle Werte, die den Deutschen nicht zugefallen sind, ja, die sie zeitwei-



se sogar über Bord geworfen hatten. Die Hymne als Ausdruck des Glücksgefühls, das Deutschland heute vereinigt, rechtsstaatlich und freiheitlich ist: Dessen können wir uns stets bewusst sein, wenn wir die Hymne hören und einstimmen. Das „Lied der Deutschen“ hat im Verlauf der deutschen Geschichte die Sehnsucht nach einem freiheitlichen und geeinten Vaterland ausgedrückt. Schon deshalb muss die Nationalhymne wieder verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung rücken, insbesondere an den Schulen vermittelt werden.

Das Schwarz-Rot-Gold sehen wir zu Fußballspielen und bei Trauerbeflaggung im öffentlichen Raum – ansonsten selten. Dabei stiftet unsere Flagge seit 200 Jahren über alle Unterschiede hinweg Identität und das Bewusstsein für demokratische Werte. Es wundert deshalb nicht, dass die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts die schwarz-rot-goldene Flagge entweder verändert oder ganz abgeschafft hatten, um damit zu brechen. Unsere nationalen Symbole brauchen wir heute nicht zu verstecken. Das deutsche Schwarz-Rot-Gold und das sächsische Weiß-Grün sollten vor oder auf allen öffentlichen Gebäuden wehen. Auf der anderen Seite ist es bedenklich, dass unsere Bundesflagge bei Demonstrationen zunehmend als Zeichen von Protest und Abgrenzung genutzt wird. Wir stehen für einen positiven und offenen Umgang mit unseren nationalen Symbolen. Es muss tatsächlich möglich sein, „Flagge zu zeigen“, ohne unsachlich in einen rechtsextremen oder rechtsradikalen Kontext gesetzt zu werden.

Der Freistaat Sachsen feiert in diesem Jahr „silbernes Jubiläum“: Seit 25 Jahren steht Sachsen vor allem für die Erfolgsgeschichte der Wiedervereinigung und das Aufblühen der neuen Länder. In zwei Jahren feiert die Verfassung des Freistaats ihren 25. Geburtstag. Beide Jahrestage gebührend zu feiern und stolz auf das Erreichte zu sein, auch das ist guter Patriotismus. In diesem Zusammenhang könnte die Debatte um eine sächsische Landeshymne neu geführt werden. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien hat mit „Gott segne Sachsenland“ bereits einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Brauchen wir eine Leitkultur?

„Leitkultur“ ist ein schillernder Begriff. Ob man ihn mag oder nicht, hängt davon ab, was man darunter versteht. Und sicher macht es einen Unterschied, ob man von „deutscher Leitkultur“ oder „europäischer Leitkultur“ spricht.

Die CDU Deutschlands bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm zu einer „Leitkultur für Deutschland“. Darunter versteht sie „die Gemeinsamkeiten der europäischen und die Besonderheiten der deutschen Geschichte“. Das bedeutet: Leitkultur im christdemokratischen Verständnis ist nicht etwas, was „wir“ haben und „anderen“ fehlt, sondern Leitkultur ist der überlieferte Schatz, der Gemeinsamkeit und Zusammenhalt stiftet, der Verantwortung füreinander weckt und der Verbundenheit zur Bewältigung von Krisen schafft.

Was gehört zu den Gemeinsamkeiten europäischer Kultur? Was sind die zentralen Errungenschaften der europäischen Völker?

Europa kann nicht ohne seine maßgebliche Prägung durch die griechische und römische Antike sowie das Christentum verstanden werden. Ob die Würde des Menschen, das Streben nach Gerechtigkeit, der Wert jedes einzelnen menschlichen Lebens, das Bewusstsein für die Umwelt



– das verbindet Europa über Grenzen und Konfessionen hinweg. Zugleich ist Europa – und in seiner Mitte Deutschland – durch die Entwicklung der Hochkultur in den vergangenen Jahrhunderten geprägt: Die Vernunft hat Vorrang vor religiöser Offenbarung und jeder Form von Ideologie, Religion und Politik sind getrennt, Frauen und Männer sind gleichberechtigt, das Verhältnis untereinander ist von der Freiheit der Meinung, des Gewissens und der Kunst einerseits und der Toleranz gegenüber dem Nächsten andererseits gekennzeichnet.

Dazu tritt das, was man vielleicht als „typisch deutsch“ empfinden kann: unser föderales Prinzip mit den Eigenarten der Regionen und Landsmannschaften, das historisch geformte Verhältnis von Staat und Kirche und ein politisches Klima des Ausgleichs und der Mäßigung, in dem „Konsens“ kein Schimpfwort ist.

Dieser sozio-kulturelle Schatz – europäische Gemeinsamkeiten und deutsche Besonderheiten – bestimmt unser Denken und Handeln, und zwar ganz gleich, ob wir das wollen oder nicht. Uns dessen unaufgeregt bewusst zu sein, ist notwendig, um zu bewahren oder zu verändern – ob unser Herz konservativ oder links schlagen mag.

Heißt das jetzt, dass die Junge Union für eine „Leitkultur“ eintritt? Wenn wir den Begriff wie eben erläutert verstehen, ist das eine missverständliche Frage – denn: Eine „Leitkultur“ ist nicht erst politisch zu begründen, sie existiert und entwickelt sich seit Jahrhunderten. Es gibt objektiv eine europäische Kultur und darin eingebettet eine deutsche Kultur, die beiden sollten wir kennen – vor allem deshalb, weil Menschen, die neu zu uns kommen, uns danach fragen.

Wie gehen wir mit dem großen Zustrom an Asylsuchenden, Flüchtlingen und Ausländern um?

Seit der Zuspitzung der Konflikte in der arabischen Welt, besonders in Nordafrika, Syrien und Irak, kommen so viele hilfeschuchende Menschen nach Deutschland wie zuletzt nur zu den schlimmsten Zeiten der Balkankriege. Das bedeutet vor allem für die Kommunen eine große Herausforderung.

Das zeigt auch: Deutschland ist ein Land, in das es viele Menschen zieht. Viele sehnen sich danach, hier zu leben, so zu leben, wie wir es tun. Das darf uns Selbstbewusstsein geben und unseren Patriotismus stärken: So schlecht kann es in unserem Land nicht sein. „Nie wieder Deutschland!“. Die Flüchtlinge und Migranten würden diese Parole von links ganz gewiss nicht unterschreiben.

Die letzten Monate haben aber ebenso gezeigt: Die große Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen erleben viele Menschen als etwas Ungewöhnliches und Gewöhnungsbedürftiges; manche reagieren darauf mit Furcht oder Ablehnung. Diese Furcht ist teilweise materiell (Räumen die Fremden meinen Keller leer?), teilweise immateriell (Verändert sich unsere Gesellschaft?).

Auf diese Furcht kann man auf zweierlei Weisen einseitig reagieren. Einseitig ist es, sämtliche Sorgen als haltlos und rechtsextrem abzutun. Einseitig ist es auch, Stammtischparolen jeder Art zu „berechtigten Sorgen“ aufzuwerten. Denn eines ist klar: Nicht wenige Sprüche, die auf den Straßen zu hören und im Netz zu lesen sind, sind fremdenfeindlich und unzivilisiert, weitere andere schlicht sachlich falsch.



Wir als Christdemokraten sollten gemäß unserer Werte und gesellschaftlichen Verantwortung auf diese Stimmen reagieren: Dem Mythos die Fakten entgegensetzen, dem Vorurteil die Aufklärung – und tatsächlichen Missständen die Bereitschaft zur Veränderung.

Diese erhebliche Aufgabe kann ein Leitantrag nicht erledigen. Er kann nur Grundsätze formulieren, Orientierung geben.

Zu diesen Grundsätzen gehört: Wir verschließen uns nicht dem Leid in der Welt. Bundespräsident Joachim Gauck und die Bundesregierung unter Angela Merkel sind sich einig: Deutschland kann mehr Verantwortung in der Welt und für die Welt übernehmen. Und wenn Deutschland mehr beitragen kann, dann muss es das auch tun. Dazu verpflichtet uns sowohl die deutsche Geschichte als auch unser Menschenbild. Das bedeutet aktuell: Die Türen öffnen für Menschen in existenzieller Not, die Herzen und – ja, das auch – das Portemonnaie, soweit dies nötig ist.

Zu diesen Grundsätzen gehört auch Mut zur Differenzierung. Opfer staatlicher Verfolgung genießen das Recht auf Asyl. Dieses Menschenrecht haben unsere Verfassungsväter ins Grundgesetz aufgenommen. Das zeigt, welchen hohen Stellenwert es hat. Wer in seinem Leben und seiner Freiheit von radikalen islamischen Extremisten bedroht ist, erfährt Flüchtlingsschutz. Wer von diesen Rechten Gebrauch machen will, darf sich nicht über das Recht stellen. Von ihm kann deswegen beispielsweise erwartet werden, dass er die deutschen Behörden nicht über seine Herkunft täuscht, um leichter in den Genuss des Asylrechts oder der Flüchtlingseigenschaft zu kommen.

Differenzierung meint auch, die Unterschiede zwischen Asylrecht, Flüchtlingsschutz und humanitären Maßnahmen einerseits und Zuwanderungspolitik andererseits zu sehen. Deutschland darf wie jedes andere Land Zuwanderung steuern und dabei die eigenen Interessen zum Maßstab erheben. Zu den berechtigten Interessen einer geregelten wie durchdachten Zuwanderungspolitik gehören insbesondere wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Belange.

Wenn wir unseren Wohlfahrtsstaat erhalten wollen, werden wir auf lange Sicht nur Erfolg haben, wenn wir offen für Menschen sind, die zu uns kommen und zu unserem Wohlstand beitragen wollen. Das gilt vor allem für gut ausgebildete Fachkräfte, aber nicht nur für diese. Auch in vielen anderen Berufen profitieren Unternehmen von Zuwanderern, schon wegen der Sprachkompetenzen und des Wissens um kulturelle Besonderheiten.

Was sich keiner wünschen kann, ist eine ungeordnete Zuwanderung von Menschen, die unseren Sozialstaat egoistisch ausnutzen wollen oder die unsere freiheitliche Gesellschaft nicht akzeptieren wollen. Wir sind großherzig, aber nicht dumm. Wer hierher kommt, um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage zu stellen, muss Deutschland wieder verlassen. Wer hierher kommt, um auf Kosten anderer zu leben, obwohl er selbst für sich sorgen könnte, schadet dem Ansehen zahlreicher fleißiger Zuwanderer. Gleichwohl: Sozialmissbrauch ist keine Erfindung von Ausländern, er ist von Deutschen begangen nicht minder schlimm.

Gehört der Islam zu Sachsen?

Wir können diese Frage mit Zahlen und historischen Tatsachen beantworten: 20.000 Muslime leben in Sachsen, dies sind weniger als ein halbes Prozent der Bevölkerung; auf die Geschichte



und die Kultur Sachsens hatten weder der Islam als solcher noch einzelne Muslime prägenden Einfluss.

Wir können bei der Antwort auf die Frage aber auch etwas gründlicher nachdenken. Viele von denen, die derzeit als Flüchtlinge nach Sachsen kommen, werden für einige Zeit bei uns bleiben. Und durch gesteuerte Zuwanderung werden wir kontinuierlich neue Mitbürger bekommen. Das liegt in unserem eigenen Interesse, denn unsere alternde Gesellschaft braucht junge Leistungsträger, um unseren Lebensstandard für alle Generationen halten zu können. Allerdings: Unsere demographischen Probleme lassen sich nicht ausschließlich durch Zuwanderung lösen.

In diesem Bestreben, junge Leistungsträger zu gewinnen, steht Sachsen im Wettbewerb – nicht nur mit den anderen Bundesländern, sondern zumeist mit den europäischen Nachbarn, in manchen Bereichen sogar weltweit. In diesen Wettbewerb um die besten Köpfe (und Hände) begibt sich Sachsen mit Vor- und Nachteilen: niedrige Lebenshaltungskosten, gute Infrastruktur und hervorragende Bildung einerseits, ein niedriges Lohnniveau und kleinteilige Betriebsstruktur andererseits.

Auf manche Standortfaktoren kann die Politik nicht direkt einwirken, auf andere hingegen schon: Ob es sich lohnt, in Sachsen, zu leben, ob man hier als Mensch, als Mitbürger oder nur als Arbeitskraft gesehen wird, kann die Politik durch ihre Kommunikation und Außendarstellung beeinflussen. Und unter den Leistungsträgern, um die Sachsen buhlt, gibt es Muslime, ob sie aus der arabischen Welt, aus Amerika, aus Asien oder aus einem Nachbarstaat kommen. Es wäre anmaßend und falsch, zu denken, wir könnten diejenigen Zuwanderer herauspicken, die sich zum Christentum bekennen.

Ob sunnitischer Handwerker, schiitischer Arzt oder alevitischer Künstler: Wer aus seinem Glauben Kraft schöpft, der ist uns ähnlicher, als uns es auf den ersten Blick scheinen mag, ist die CDU doch eine grundsätzlich religionsfreundliche Partei. Die schockierenden Meldungen über „Ehrenmorde“ oder Fanatismus verstellen mitunter den Blick auf das Wesentliche: Eine Vielzahl von Muslimen in Deutschland lebt die Werte, deren Verlust wir mitunter beklagen. Familiensinn, Barmherzigkeit, Höflichkeit und Verantwortungsbereitschaft zeichnen rechtschaffene Muslime aus – mit diesem Wertekanon kann er auch Sachsen bereichern. Dabei gilt für Muslime das Gleiche wie für Angehörige jeder Religion: Niemand darf religiöse Ansichten oder kulturelle Eigenarten über geltendes Recht stellen. Das Grundgesetz und unsere Gesetze gelten für jeden.

Wer unser Gemeinwesen stärken kann und stärken will, der ist bei uns willkommen. Warum soll ein Muslim nicht Patriot sein? Das „Ja“ zu europäischen Werten und zur deutschen Gesellschaft kann ihm genauso leichtfallen wie einem deutschen Konfessionslosen.

Deshalb: Sagen wir unseren Nachbarn vor allem, wer wir sind und wohin wir gemeinsam wollen, und nicht so sehr, wer wir nicht sind.